

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 9.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler
G. L. Danne, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Großwald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heiser, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 29. August. Der neue Staats-
sekretär des Reichsfinanzamts Graf Posadowsky
erschien, wie ein Berichterstatter meldet, am
Sonntag im Reichsfinanzamt und hatte mit
dem bisherigen Staatssekretär Freiherrn von
Waltgen eine längere Konferenz. Er wird von
legterem nach und nach in die Geschäfte eingeführt
werden, sodas er mit dem 1. September, dem
Termin seines offiziellen Amtsantritts, orientirt
sein wird.

Ueber die Höhe der geplanten Tabak-
fabriksteuer sind zuverlässige Angaben noch nicht
bekannt geworden; sie wird aber kaum schon fest-
stehen, da die Finanzminister-Konferenz in Frank-
furt sich nur grundrissig mit der Tabaksteuer
einverstanden erklärt hat und die weitere Aus-
gestaltung des Gesetzes erst Sache der demnächst in
Berlin zusammentretenden Konferenz von De-
legirten der beteiligten Bundesstaaten sein wird.
Um die bezügliche Erregung in den
Kreisen der Interessenten über die ihnen drohende
neue Steuer wenigstens vorläufig und einiger-
maßen zu befriedigen, war behauptet worden, daß
die Tabakfabrikanten in Deutschland einen Werth
von 780 Millionen Mark haben und daß deshalb
eine Steuer, die 50-60 Millionen aufbringen
soll, noch nicht einmal 10 Prozent dieses Um-
satzes betragen würde. Dem gegenüber wird der
„Voss. Ztg.“ aus den Kreisen des Vereins deut-
scher Tabakfabrikanten und Händler geschrieben:
Der Werth der in Deutschland zum Verkauf
gelangenden Tabakfabrikate setzt sich aus folgenden
Zahlen zusammen:

- 1) Werth des importirten Ta-
baks (offiz. Zahl) rund 63 000 000 Mark
- 2) Werth des inländischen Ta-
baks (offiz. Zahl) rund 13 500 000 Mark
- 3) Arbeitslohn (Angabe der Ver-
einigen Tabakfabrikanten unter Zu-
schlag von 5 Prozent für
die nicht der Vereinigen
angehörigen Betriebe) 56 250 000 Mark
- 4) Zoll und Steuer . . . 54 250 000 Mark
- Zusammen rund 187 000 000 Mark
- hinzutreten:
5) Gehalt an Gehilfen und
sonstige kaufmännische An-
gehilfen, Verzinzung des
Anlagekapitals u. dergl. 20
Prozent obiger Summe 37 000 000 Mark
- 6) Ausgaben für Verpackung,
Ausstattung u. dergl. . . 30 000 000 Mark
- 7) Fabrikationsgewinn (netto
10 Prozent) . . . 24 000 000 Mark

Runden wir diese Summe auf 280, selbst auf
290 Millionen Mark ab, so haben wir den Ver-
kaufswert der in Deutschland fabrizierten Tabake
und Zigarren. Dazu treten die eingeführten Ta-
bake im Werthe von 11 589 000 Mark und der
Zoll mit 2 268 360 Mark, zusammen also ein-
schließlich eines Verkaufszuschlages von 20 Pro-
zent beim Uebergang an die Einzelveräußerer, eine
Summe von rund 16-17 Millionen Mark.
Das giebt also einen Werth der Tabakfabrikate
beim Uebergang an die Einzelveräußerer, d. h. also
in dem Stadium, wo die Tabakfabrikanten er-
werben, von höchstens 305-310 Millionen Mark,
also noch nicht die Hälfte von jener angeblichen
Verthsumme. Würde man den Werth aus den
Angaben in dem Bericht der Enquete-Kommission,
nach denen sich der Werth der Tabakfabrikate in den
Jahren 1875-1877 auf durchschnittlich rund 253
Millionen Mark im Jahre stellte, unter Berücksich-
tigung der Verschiebung im Verbrauch des in-
ländischen und ausländischen Tabaks, der
Steigerung des Zigarettenkonsums, der höheren
Steuer- und Zollsätze und des Mehrkonsums
berechnen, so erhielt man einen Werth von etwa
335 Millionen Mark, also immer noch nicht die
Hälfte jenes angeblichen Werthes. Wollte
man hiervon 50 bis 60 Millionen durch die
Tabakfabrikanten aufbringen, so müßte sie
in Erwartung des eintretenden Mißganges
im Konsum schon mit 20 Prozent und darüber fest-
gesetzt werden; sollte aber außerdem auch ein
Ausfall an den Einnahmen aus Zoll und Steuer
zu bedenken sein, so könnte leicht ein Steuerfuß von
30 Prozent nothwendig werden.

Die Anträge, die Fürst Bismarck am
Sonntag in Kissingen an seine Finanzminister
Vorleser hielt, liegt in der „Walden. Ztg.“ im Wort-
laut vor. Nachdem der Fürst über seine Be-
ziehungen zu Frankfurt gesprochen hatte, berührte
er von neuem die Frage des Paritätismus, um
seine früheren Ansichten hierüber des näheren
zu kommentieren: „Ich sehe mich täglich in
Blättern, die mir zugesandt werden, ohne daß
ich sie bestelle, als Partikularist verdächtig; das
ist für mich im Hinblick auf meine Lebensstätigkeit
eine ziemlich komische Angelegenheit. Man be-
schuldigt mich, ich hege die Partikularisten gegen
das Reich! Wer Alles, was ich gesagt, mit der
Aufmerksamkeit prüft, auf die ich Anspruch habe,
der wird wissen, daß ich umgekehrt die Elemente,
die bisher in der Reichspolitik sich nicht bemerk-
bar machten, für die zu interessieren suchte. Ich
habe gelegentlich die Anwesenheit der Thüringer
gesagt, ich wünschte, daß die Landtage sich mehr
mit der Reichspolitik beschäftigen. Ich kann da-
mit nicht gesagt haben, daß die Landtage der
Reichsregierung vorgehen, oder dem Bundesrat
das Konzept vorlegen sollen, ich meine damit
nur, über die deutschen nationalen Interessen dürfen
die anderen nicht totgeschwiegen werden. Die
Landtage sollten nur ihre Minister in Sachen der
Reichspolitik fragen: wie habt ihr sie gemacht,
und warum habt ihr sie so gemacht? damit das
Interesse an den Dingen lebhaft bleibe. Es ist
unmöglich, das für den Angehörigen eines jeden
Zustandes der Fragen, die für ihn in der
Reichsregierung aufgeworfen werden, wichtiger
sind, als die im Landtage. Die Reichsregierung
greift so in unser Staatsleben überall ein, daß es
von großer Wichtigkeit ist, wie sie betrieben wird.
Ich sehe in den Landtagen etwas Aehnliches wie
es in Preußen die Oberrechnungskammer dem
Minister gegenüber ist. Die Landtage sollten,
wenn ihre Regierung im Bundesrat eine nicht
ganz durchdringende Haltung zeigen, so viel für die
deutsche Hälfte ihres Wohlergehens sich interessieren,
daß sie fragen: was habt ihr euch denn eigentlich
gedacht? Wir haben eine gesetzliche Handhabe
den Ministern gegenüber, die einzige ist, daß von
ihnen Landtagsbesuchen auch gesagt werden kann, da
hast du dich recht ungeschickt, um nicht zu sagen
dumm, benommen. (Bravo!) Wie weit unsere

Minister im Bundesrathe ihre Eigenschaften be-
stätigen, wer weiß das? Der Bundesrat be-
rätigt ja hinter geschlossenen Thüren, und der
Einzigste, der das Recht hat, darnach zu fragen,
ist der Landtag des betreffenden Ministers.
Wenn man sagt, das sei Partikularismus, so ver-
dreht man die Worte. Vor 20 Jahren waren
die Landtage die ersten, jetzt ist es der Bundesrat.
Man geht jetzt auf eine Ressorttheilung aus
und die deutsche Sache ist doch berechnet auf ein
Zusammenwirken aller Faktoren in nationalen
und einheitlichen Dingen. Wenn wir das nicht
tun, geht die nationale Gesinnung zurück, und
das wäre unter Umständen bei wechselnder
europäischer Situation eine bedenkliche Sache.
Es fällt mir nicht ein, daß ich an Stelle der
Reichsregierung die preussische gegen wollte —
ich wollte nur eine Reichsregierung, daß wir
nicht Schaden leiden, — sondern 25 Regierungen,
die zusammen das Deutsche Reich regieren, und
dabei halte ich für dringende nöthig, daß die
Spitze, die in der Person des Reichskanzlers
sich darstellt, sich nicht emancipirt vom preus-
sischen Ministerium, das zusammengefaßt ist aus
zehn Ministern. Ich ängstige mich vor einem
Kanzler der handelt, und dabei Niemand gefragt
hat als sich selbst und seinen Adjutanten. (Weiter-
leut.) Ich wünsche vielmehr, daß er mehr am
Gängelbande seiner preussischen Kollegen bleibe.
Er ist doch preussischer Minister, seine Hauptbe-
deutung liegt im preussischen Ministerium. Dieses
sollte mehr direkte Fühlung mit dem bairischen,
sächsischen u. dergl. haben, und ich habe mir gedacht,
daß, wenn unser Reich erst in Ordnung wäre,
würde die Reichspolitik sehr viel verdienen durch
das Korrespondiren der Ministerien untereinander.
Diese Hoffnung hat mich sehr getaucht.“

— Eine Abordnung angeblich des deutschen
Gastwirthsverbandes hatte, wie erinnerlich, dem
Staatssekretär des Reichsfinanzamts, Freiherrn
von Waltgen, in Frankfurt a. M. eine Deut-
schschrift überreicht, die sich gegen die sogenannten
Vereinigungsgesellschaften, das Zimmervermietungs-
wesen und die Privatgaststätten, namentlich
aber gegen den Glasbierhandel, der fongeson-
verordnungs- und im Kleinverkauf steuerfrei be-
trieben werden kann, aussprach. Staatssekretär
Freiherr von Waltgen sollte Nachrichten aus
Frankfurt zufolge sich dahin ausgesprochen haben,
daß die Konzeptionspflicht des Glasbierhandels
oder Verkaufs demnächst dem Reichstage zur Ent-
scheidung vorgelegt werden, und daß die
Regelung des Kantinen- und Vereinigungsgast-
wesens in einem demnächstigen Gesetze
erwogen werde. Die „Schweidnitzer Ztg.“ hat
nun auf Grund unbedingt zuverlässiger
Informationen mit, daß die dem Staats-
sekretär Freiherrn von Waltgen zugesandten
Antragstellungen an die Gastwirthsdeputation unzu-
treffend sind. Herr von Waltgen hat nur den
Vortrag der Herren angehört und zugesagt, ihre
Petition an die kompetente Stelle zu bringen.
Inzwischen hat die „Deutsche Gastwirths-Ztg.“
das Organ für die Interessen der deutschen Gast-
wirths, erklärt, „daß die Gast- und Schankwirths
in Berlin sowohl als im Reich die Forderungen
auf eine Vesteuerung des Glasbierhandels gänzlich
fern stehen und daß sie für die absurden Forde-
rungen einzelner Kollegen nicht verantwortlich ge-
macht werden können.“

Am Sonntag Abend ist in Würzburg die
40. Generalversammlung der katholischen Deutsch-
lands eröffnet worden. Mehrere Blätter be-
mühen sich, mit einer Aufzählung der anwesenden
Adeligen den Verdacht des demokratischen Zug-
es im Zentrum abzuwehren. Freiherr von Duval,
Freiherr von Franckenstein, Graf Breeding sind
als anwesend darunter genannt. Ueber den Frei-
herrn von Schorlemer-Nast widersprechen die Mel-
dungen einander. Die sächsischen Dissidenten
Graf Ballestrin, von Schallha, Dr. Porich
fehlen; da aber auch Dr. Weber noch nicht unter
den Theilnehmern genannt wird, läßt sich noch
nicht mit Sicherheit sagen, ob sie endgültig fern
bleiben. Von den Abgeordneten, die für die Wäl-
larvorlage gestimmt haben, war nur Prinz von
Krenberg zugegen. Nach den bisherigen Ein-
drücken zu urtheilen, scheint man, wie aus Würz-
burg geschrieben wird, in der That, wie auch Dr.
Weber in Hildesheim andeutete, sich dahin schließ-
lich geworden zu sein, politische Fragen und damit die
Erörterung über das durch das Verbalen Dr.
Webers erwogene Auscheiden der sächsischen
Abgeordneten von dem Programm abzugeben und
sich, um äußerlich den Eindruck der Einigkeit her-
vorzurufen, auf Verhandlung lediglich konfessioneller
Fragen zu beschränken.

Der neue General-Superintendent von
Berlin, Ost- und Domprebiter Haber, der bei der
Einweihung der Emmauskirche zum ersten Male
seines Amtes waltete, wird, dem Vernehmen der
„Kreuzzeitg.“ zufolge, in gleicher Weise wie der
General-Superintendent der Kurmark, V. Dryander,
in seine Stellung durch eine Begrüßung einge-
führt werden. Der Vize-Präsident des Ober-
kirchenrathes wird ihn in einer noch zu bestim-
menden Kirche begrüßen; dann wird eine An-
rede des General-Superintendents erfolgen und
schließlich einer der Superintendenzen aus der
eingeladenen Pfarrgeistlichkeit eine Ansprache halten.
Auch das Kultusministerium wird, wie früher,
eine Einladung dazu erhalten. In gleicher Weise
soll die Einführung des neuen General-Superin-
tendenten für Westpreußen, Döblin, zu Danzig
erfolgen. Die Feier wird stattfinden, wenn der
Vize-Präsident des Oberkirchenrathes, V. Freyher
v. v. Goltz, auf der Reise nach Ostpreußen, zu
den Beratungen der Provinzialsynode über die
Agende, Danzig berührt.

Die „Kons. Korresp.“ schreibt: „Im
Rahmen einer wirksamen Handwerkerorganisation
wäre die Einrichtung von Vertretungen der Ge-
sellschafter gewiss recht segensreich. Die Hand-
werkerorganisationen nach den bekannten Re-
gierungsverordnungen müßten also erst ganz gehörig
verbessert und iminungsgemäß ausgestaltet werden,
bevor Gesellschafter überhaupt in Frage
kommen könnten. Nach den „Vorschlägen“ sollen
solche Ausschüsse durch die Gesellschafter gewählt
werden, das Wahlrecht soll in der Hauptsache von
dem Alter (über 21 Jahre), von der Dauer der
Beschäftigung im (bestimmten sehr weiten) Bereiche
der Gesellschafter (1/2 Jahr) und bei (verschie-
denen) Gesellschaftern (1/4 Jahr) ab-
hängen. Unserer Ansicht nach müßte bestimmt
werden, daß keinem, der nicht die Lehrlings-
prüfung bestanden und der nicht mindestens drei
Jahre lang ordnungsgemäß als Geselle gearbeitet
hat, das Wahlrecht ertheilt werde. Die Wähl-

barkeit in den Ausschuss aber kann ebensovienig
nur vom Alter (30 Jahre) und von der Be-
schäftigungsdauer (2 Jahre im Bezirk, ein Jahr
bei Gesellschaftern) abhängig gemacht
werden. Die Kompetenz des Ausschusses ist eine
viel zu ausgedehnte, als daß nicht viel weiter-
gehende Kanteln nothwendig und als daß nicht
auch die Meister ein Gutachten über die Wähl-
barkeit abzugeben in Stand gesetzt wären. Aller-
dings wird die vorgeschlagene Kompetenz des Ge-
sellschafterausschusses in mancher Richtung zu be-
schneiden sein, und je leichter es mit dem Wahl-
recht und mit der Wählbarkeit genommen wird,
um so geringere Kompetenzen können naturgemäß
dem Ausschusse beigemessen werden. Ihm soll nach
den „Vorschlägen“ u. a. ein Vetorecht mit aus-
schießbarer Wirkung gegen die Beschlüsse der
Handwerkskammer wie der Handwerksge-
sellschaft zustehen. Das könnte geradezu verhängnis-
voll wirken, wenn beispielsweise die Gesellschafter-
ausschüsse durch die Sozialdemokratie beeinflusst
würden; dem müßte also durch vorsichtige Be-
stimmungen bei den Wahlen vorgebeugt werden. Un-
gerechtfertigt erscheint uns auch die vorgeschlagene
Bestimmung, daß der Gesellschafterausschuss bei der
Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern
der Fachgesellschaft und ihren Lehrlingen mit-
wirken soll. Eine solche Bestimmung würde nur
zu Uebergriffen Anlaß geben und kaum den Beifall
auch nur eines Handwerksmeisters finden. Auch
die Bestimmung, daß der Gesellschafterausschuss an
den Lehrlingsprüfungen mit betheiligt werden soll,
halten wir für verfehlt. Die geborene Prüfungs-
behörde ist die Meistererschaft, und in diesem Rechte
darf sie nicht beschränkt werden.

Die Sozialdemokratie ist begreiflicherweise
gegen die Errichtung der Gesellschafterausschüsse;
sie verlangt Arbeiterkammern. Ein solches Verlangen
aber, das sich auf die wunderliche Begründung:
was den Handwerkern recht ist, ist den Arbeitern
billig, füllt, ist durchaus unbegründet. Arbeiter-
kammern hätten in diesem Sinne nur Berech-
tigung, wenn Arbeitgeberkammern beständen. Ar-
beiterkammern sollen lediglich Organe für den
Klassenkampf bilden; die Organisation der Ge-
sellschafter innerhalb der Handwerkerorganisation
aber soll dem Frieden dienen und den Handwerks-
gesellen das verlorene Bewußtsein ihrer Ständes-
ehre wiedergeben. Die iminungsmäßige korporati-
ve Gliederung in Meister, Gesellen und Lehrlinge:
das ist die Grundlage, auf der die Organi-
sation nicht nur des Handwerks, sondern der
Arbeit überhaupt aufgebaut werden muß.

Im den Kreisen der Bauhandwerker wird
noch immer eifrig dafür agitiert, daß ihnen für
ihre Fortschritte aus Leistungen und Arbeiten
bei Neubauten ein wirksamer gesetzlicher Schutz
als bisher gewährt werde. Man wird diese
Agitation begreiflich finden, wenn man bedenkt,
daß im Laufe der letzten Jahre die Ausfälle,
welche Bauhandwerker bei Neubauten in ihren
Forderungen erlitten haben, Summen von insge-
samt vielen Millionen ausmachten. Wenig ver-
ständlich ist es dagegen, wenn man in jenen
Kreisen einzig und allein von einem Ausbau des
Gesetzes zum Besten der Bauhandwerker, die weitest-
gehende Förderung der Bauhandwerker, daß ihnen
für ihre Fortschritte ein allen eingetragenen
Hypothesen vorgeordnetes gesetzliches Vorkaufsrecht
an dem Gebäude nicht nur, sondern auch an dem
Grundstück eingeräumt werde, worauf es ge-
baut ist, daß nicht die mindeste Aussicht auf Be-
friedigung, weil mit ihrer Verwirklichung das
gesamte Grundbuchwesen auf den Haufen ge-
worfen werden würde. Man sollte deshalb nicht
immer von Neuem dieser unter den gegenwärtigen
Verhältnissen völlig unerreichten gesetzlichen
Aenderung nachstreben. Aber auch weniger weit-
gehende Vorschläge, wie beispielsweise der, den
Bauhandwerkern ein Vorkaufsrecht an dem durch
den Neubau geschaffenen Mehrwert des Grund-
stückes einzuräumen, dürften zu einer Realisirung
nicht gelangen. Die Gesetzgebung hat eben nicht
blos auf die unirellen Bauunternehmer, sondern
auch auf die realen zu achten und die letzteren
bilden denn doch noch die große Mehrzahl. Wenn
aber das Kapital sich durch allerhand gesetzliche
Neubestimmungen gefährdet fühle, so würde es
immer mehr von der Grundstücksbeziehung zurück-
gezogen werden und nicht bloß die Bauunter-
nehmungen an sich würden davon den Schaden
haben, sondern in erster Linie auch die Bauhand-
werker, denen dann die Gelegenheit zur Arbeit
eingeschränkt würde. Es ist übrigens bekannt,
daß die zuständigen Behörden durchaus nicht ge-
onnen sind, in dieser Angelegenheit die Hände in
den Schoß zu legen und nichts zur Hebung der
thatsächlich vorhandenen Mißstände zu thun. Es
ist vielmehr eine reichsrechtliche Regelung der
Angelegenheit durch das bürgerliche Gesetzbuch in
Aussicht genommen. Und zwar soll darin dem
Bauhandwerker das Recht zugesprochen werden,
auch wenn die Forderung nach dem Inhalt des
Vertrages noch nicht fällig ist, bei dem Projektir-
ten der Erlaß einer einstweiligen Verfügung zu
beantragen, durch welche ihm gestattet wird,
wegen seiner Forderung eine Vormerkung in das
Grundbuch des dem Bauherren gehörigen Bau-
grundstückes eintragen zu lassen. Dabei soll es
sich nicht um ein Recht handeln, das er den Nachweis
der Gefährdung seiner Forderung führt. Mit
dem Gesuch an das Grundbuchamt ist dem Bau-
handwerker die betreffende Hypothekensstelle ge-
sichert. Die Umwandlung der Vormerkung in
eine definitive Hypothek ist dann nur von der
rechtshängigen Feststellung der Forderung ab-
hängig. Es ist unzweifelhaft, daß mit dieser be-
absichtigten Neugestaltung den Bauhandwerkern
ein Vorzug eingeräumt werden wird. Natürlich
wird damit nicht jedem Forderungsausfall vorge-
beugt werden. Dazu ist die Gesetzgebung, wie ge-
sagt, überhaupt nicht in Stande. Das Meiste
zur Verhütung von Forderungsausfällen werden
die Bauhandwerker selbst beitragen müssen da-
durch, daß sie bei der Uebernahme von Aufträgen
mit der größtmöglichen Vorsicht vorgehen und
nicht, bloß um Arbeit zu erhalten, jeden Auftrag,
auch solchen übernehmen, bei dem von vornherein
klar ist, daß eine Zahlung nicht erfolgt.

Kiel, 28. August. Die von der hiesigen Be-
sehrde an Bord der englischen Yacht „Infect“
verhafteten beiden Franzosen beissen nach den in
ihrem Besitz befindlichen Pariser Pässen Raoul
Dubois und Maurice Dagnet. Ersterer will
Grundbesitzer, letzterer Geschäftsführer sein. Ge-
funden wurden bei den Verhafteten Zeichnungen
der Festungswerke von Wilhelmshafen, Helgoland
und der Kieler Förde.

Hamburg, 28. August. Der sozialdemo-
kratische Reichstagsabgeordnete für den dritten Ham-
burger Wahlkreis, Meßger, wurde heute vom hiesigen
Landgericht wegen Verleumdung des Senats
des Bürgerrechts von Hamburg, dem Antrage
des Staatsanwaltes gemäß, zu einer Gefängnis-
strafe von 5 Monaten verurtheilt.

Sondershausen, 26. August. Zur Zeit
berichtet hier ein reges militärisches Leben, indem
die Regimenter der 15. Infanterie-Brigade, das
magdeburgische Jäger-Regiment Nr. 36 und
das 3. thüringische Infanterie-Regiment Nr. 71,
in Sondershausen und Umgegend untergebracht,
sitz täglich auf dem in der Nähe beim Dorfe
Verla gelegenen Exerziergelände im Regimentsber-
bände üben. Der heutige Tag war für die 71er
ein besonderer Feiertag, indem St. Ulrich, der
regierende Fürst, der hohe Chef des Regiments,
dessen 1. Bataillon beinahe unsere Garnison
bildet, seine Anwesenheit zum Exerzieren hatte an-
nehmen lassen. Das Regiment fand beim Ein-
treffen des hohen Herrn in Parade-Ausstellung,
machte dann Paradeaufmarsch in Kompagniefront,
und führte zum Schluß ein Gefechts-Exerzieren
gegen einen markirten Feind vor, welches mit
einem allgemeinen Angriff auf die Stellung des
Gegners am Donrode-Berg endete. Heute Mittag
sah zu Ehren des Regiments Hofkapell im hiesigen
Schlosse statt, zu welcher das gesamte
Offizierskorps eingeladen worden hatte. Den
ersten Trunkpruch auf Seine Majestät den Kaiser,
den obersten Kriegsherrn, brachte Seine Durch-
laucht der Fürst aus und trank dann im weiteren
Verlaufe des Festmahls auf das Wohl des Regi-
ments, wofür der Kommandeur Kommandeur seinen
unterthänigsten Dank sagte, den er in einem Glos
auf den erlauchten Chef anstießen ließ.

Stuttgart, 28. August. Der Ministerprä-
sident v. Württemberg, der am Freitag nach Kissingen
gereist war, wo er eine längere Konferenz mit dem
Fürsten Bismarck hatte, trat gestern wieder hier
ein und kehrte heute nach seiner Villa in Friedrichs-
hausen zurück.

Strasbourg i. E., 26. August. In der
„Kölnischen Zeitung“ ist behauptet worden, daß
die französischen Militärvollmächttigen bisher
keine in Eläß-Vorhingen stattfindenden Kaiser-
Manövern beigewohnt hätten. Im Jahre 1879
und später ist dies aber nicht der Fall gewesen,
und ich glaube auch nicht, daß es vorher geschehen
ist; soweit ich weiß, waren einmal in den 70er
Jahren die französischen Militärsatthages erwartet,
sind aber nicht gekommen.

Schweiz.
Bern, 28. August. In Genf fand gestern
ein großes Sozialistenfest statt. Der belgische
Sozialist Volvres, bekannt vom Zürcher Sozial-
istenkongress hielt eine Rede, wobei er eine rothe
Fahne ergriß und mit seiner Rechtenstimmte schrie:
„Nieher mit der Bourgeoisie und dem Kapitalis-
mus! Es lebe die soziale Revolution.“

Frankreich.
Paris, 26. August. Der russische Maler
Bogolubow, der dem Zaren nahe steht, hat der
„Revue Republique française“ die vom „Lamps“
bestätigte Mitteilung gemacht, daß der russische
Flottenbefehl in Vrest stattfinden wird, und zwar
Mitte September. Die Flotte wird aus fünf oder
sechs Panzerschiffen und einigen Kreuzern und
Torpedobooten bestehen und sich später unter Be-
fehl des Admirals Welan in ein „Mittelmeer-
geschwader“ verwandeln.

Nancy, 28. August. Französische Arbeiter
hundert heute fünf italienische Arbeiter, Steine
aus den Steinbrüchen von Fayollet herauszu-
schaffen. Die Gensdarmrie verhaftete drei von
den Angreifern.

Italien.
Neapel, 28. August. Die Streikenden be-
drohten und verwundeten einige Ausfrier; die
Fialet erhalten polizeiliche Begleitung.

Großbritannien und Irland.
London, 28. August. Unterhaus. Im
weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der
Admiralitäts-Sekretär Sir U. Ray-Shutleworth
ferner bei der Beratung des Marinebudgets, es
sei nicht nöthig, einen Nachtragkredit zu ver-
langen, um den Panzer „Horn“ zu reparieren
und den Panzer „Victoria“ zu ersetzen. Die
Stärke der Flotte sei nicht so gering, als daß der
Verlust eines Schiffes sofort den Bau eines
neuen bedinge. Bei dem zukünftigen Programm
für den Bau neuer Schiffe werde der Verlust
der „Victoria“ sorgfältig in Betracht gezogen
werden. Angesichts der Vorgänge auf aus-
ländischen Schiffswerften sei es unbedingt nöthig,
große Kreuzer zu bauen, und es bestünde das
dringende Bedürfnis, Torpedoboots zu bauen,
welche im Stande wären, den in so großer An-
zahl in fremden Häfen vorhandenen zu wider-
stehen. Er hoffe, daß die Torpedoboots, welche
England gegenwärtig baue, eine Waffe seien
würden, deren das Land zur Verteidigung und
Sicherheit absolut bedürfe.

London, 28. August. Nach einer Meldung
des „Deutschen Bureaus“ aus Bangkok forder
der französische Bevollmächtigte Le Vayre de Vilers
für die Franzosen das Monopol aller öffentlichen
Arbeiten in den Provinzen Angkor und Battam-
bang und auf dem rechten Ufer des Mekong.

Russland.
Petersburg, 26. August. Die beabsichtigten
Getreideaufkäufe durch die Regierung werden
in ihren möglichen Folgen von der „Russk.
Schib.“ beproben. Die Erwerbung geringer
Mengen seitens der Krone würde, meint das
Blatt, der Noth in keiner Weise abhelfen und
hätte die Bedeutung eines Tropfens im Meer.
Große Summen auf diese Operation zu ver-
wenden sei die Regierung außer Stande, weil
die hierzu erforderlichen Summen nicht vor-
handen wären. Doch zugegeben, daß das
Finanzministerium dieses Jährenmüß beilegte,
welchen Zweck hätte es, Millionen in un-
verfügbarem Getreide brach liegen zu lassen?
Ferner würden die in den Händen der Krone be-
findlichen großen Getreidevorräthe Deutschland
begründeten Anlaß zum Triumph geben. Denn
die Deutschen wüßten es sehr gut, daß es unser
finanzielles Können übersteige, große Getreide-
massen unverschuldet liegen zu lassen. Weiter frage
es sich, was an der Sachlage geändert werde,
wenn die Krone oder die Landchaften ihre flüssi-
gen Mittel in Darlehen für Getreide anlegen. Im
Prinzip bliebe es sich doch gleich, denn auch das
verpändete Getreide könne in gewissem Sinne
als Eigentum der Darlehensgeber betrachtet

werden. Ertheilt die Regierung oder die
Landchaft Darlehen auf Getreide, so wird dieses
bis zur Rückzahlung des empfangenen Darlehens
als Eigentum der Krone oder der Landchaft
betrachtet. Die verpändeten Getreidemengen müssen
naturgemäß halbtig verkauft werden, und die
Deutschen werden begreiflicherweise Alles aufbieten,
um diesen sehr nothwendigen Verkauf zu verbinden.
Am wenigsten würden die Bauern in der Lage
sein, von dem Anbieten einer Darlehensgewährung
Gebrauch zu machen.

Petersburg, 27. August. Die Reichs-
nachrichten in den ersten fünf Monaten des Jahres
1893 betragen 444 181 000 Rubel gegen
441 137 000 Rubel in demselben Zeitraum
des Vorjahres. Die Ausgaben in den ersten
fünf Monaten des laufenden Jahres betragen
393 196 000 Rubel gegen 415 631 000 Rubel im
Vorjahre.

Cholera-Nachrichten.

Wien, 28. August. Aus Klausenburg wird
telegraphirt, daß in der Gemeinde Mites unter
den von gewissenlosen Agitatoren aufgewiegelen
rumänischen Bauern eine Revolte zum Ausbruch
kam. Die Bauern wollten die Errichtung eines
Choleraospitals nicht gestatten, demolirten das Spital
und murtirten den Stuhlrichter.

Wien, 28. August. Die amtlichen Berichte
konstatiren aus den letzten beiden Tagen ein, wenn
auch nur sporadisches Vorkommen der Cholera in
Galizien. In neun Bezirken kamen vereinzelte
Fälle vor.

Pest, 28. August. Das amtliche Blatt wird
morgen eine Deklaration des Ministeriums des
Inneren veröffentlichen, wonach das Marmorar-
komat als von der Cholera infiziert erklärt wird.
Die „Budapester Korrespondenz“ meldet einen
gestern bakteriologisch festgestellten Cholera-Todesfall
in Pest. Eine weitere Erkrankung an Cholera sei
in der Hauptstadt nicht vorgekommen.

Pest, 28. August. Heute ist hier der erste
Fall von asiatischer Cholera zu verzeichnen. Patient
ist bereits verstorben. Auch ein anderer höchst
verdächtiger Fall ist vorgekommen.

Lemberg, 28. August. „Diagnosi Polaki“
schildert das Auftreten der Cholera im Naddnauer
Bezirk als viel bösartiger wie das im vorigen
Jahre in Hamburg. Fast alle Erkrankten seien
gestorben. Das Gerücht sei verbreitet, die Aerzte
vergifteten die Kranken. Deshalb wüßten Juden
und Bauern sich, die vorgeschriebenen Medikamente
zu nehmen, an Krankenpflegern herrsche der größte
Mangel.

Rotterdam, 28. August. Hier sind zwei
Todesfälle und eine neue Erkrankung an Cholera
asiatica vorgekommen. In Rotterdam sind gestern
5 neue Erkrankungsfälle, heute eine Erkrankung,
im Ganzen 13 Cholerafälle konstatiert worden. Aus
Delft wird ein Cholerafall gemeldet.

Neapel, 28. August. Hier sind gestern und
heute je 5 Cholera-Todesfälle vorgekommen. In
Casino wurde in den letzten 24 Stunden ein neuer
Erkrankungsfall festgestellt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 28. August. In vergangener Nacht
sollte Fürst Bismarck auf der Fahrt nach
Kissingen den hiesigen Bahnhof passieren. Derselbe
ist jedoch nicht eingetroffen, da, wie aus Kissingen
gemeldet wird, die Abreise von dort wegen eines
leichten Unfalls von Sechsis verschoben wurde.
Das Allgemeinbefinden des Fürsten ist gut. Pro-
fessor Schweininger befindet sich seit Sonntag
wieder in Kissingen. Die Abreise erfolgt, wenn
irgend möglich, noch vor Monatschluß.

Wir erhalten folgende Zuschrift seitens des
Vorstandes der Invaliditäts- und Alters-Versiche-
rungskasse: Kommen: In einer der letzten
Nummern Ihres Blattes befindet sich unter
„Stettiner Nachrichten“ eine Notiz über die In-
validitäts- und Altersversicherung der land- und
forstwirtschaftlichen Arbeiter, welche die Arbeit-
geber irre zu führen geeignet ist. Es ist richtig,
daß es für die Vertheilung der Versicherungs-
pflicht keinen Unterschied macht, ob der Lohn als
Tagelohn oder als Akkordlohn, ob baar oder in
Naturalien gezahlt wird, wenn nicht etwa nur
freier Unterhalt gewährt wird. Unrichtig sind
aber die Angaben über die Lohnklassen. Wie alle
übrigen männlichen Arbeiter (einkl. Lehrlinge) in
Pommern, so gehören auch die männlichen land-
und forstwirtschaftlichen Arbeiter, soweit sie nicht
als Mitglieder einer Krankenkasse besonderen Be-
stimmungen unterliegen, in die zweite Lohn-
klasse (20 Pfg.). Ausgenommen sind nur ersten
Lohnklasse (14 Pfg.) gehörig sind nur allgemein:
die Hofsänger; außerdem im Regierungsbezirk
Köslin: das landwirtschaftliche (nicht auch das
vertschaftliche) Gesinde, und im Regierungsbezirk
Stralsund: gewisse Arbeiter von 16 bis 18 und
von mehr als 60 Jahren. Chausseearbeiter ge-
hören überhaupt nicht zu den land- und forst-
wirtschaftlichen Arbeitern. Im Interesse der Be-
theiligten ersuchen wir um Berücksichtigung jener
Notiz.

Die preussischen Schulbehörden sind er-
mächtigt worden, auch am 2. September d. J.
den Schulunterricht an den öffentlichen Volks-
schulen aus Anlaß des Sedantages ausfallen
zu lassen und die Abhaltung einer besonderen
Schulfeier an diesem Tage zu veranlassen. Wo
eine derartige Schulfeier stattfindet, hat sie an
Stelle des gewöhnlichen Schulunterrichts zu treten.
In Stettin wird am Sonntag, wie alljährlich,
keine Börsen-Versammlung abgehalten.

Nach einer neuerdings ergangenen Ver-
fügung kann, wenn die Heranziehung zur Be-
triebssteuer lediglich durch einen vorüber-
gehenden, bei außergewöhnlichen Gelegenheiten
stattfindenden Gewerbebetrieb bedingt ist,
die Bezirksregierung auf Antrag des Steuer-
pflichtigen den Betrag der Steuer bis auf den
Satz von fünf Mark herabsetzen. Innerhalb der
Grenzen des normalen und des geringsten Steuer-
satzes ist der Bezirksregierung in diesen Fällen
das Maß der Herabsetzung der Steuer überlassen.
Ein Recht auf Ermäßigung steht den Steuer-
pflichtigen keinesfalls zu, die Bezirksregierungen
haben bei Prüfung der begünstigten Antrag vor-
nehmlich zu berücksichtigen, ob der mutmaßliche
Ertrag des vorübergehenden Betriebes zu dem
vollen Steuerfakt in einem unverhältniß-
mäßigen Verhältnisse stehen würde. Die Anträge auf
Ermäßigung sind mit der Nachsicherung der er-
forderlichen polizeilichen Erlaubnis zu dem beab-
sichtigten vorübergehenden Betriebe zu ver-

Handelsvertrag wurde im Laufe des gestrigen Tages unterzeichnet.